

Nachrichtlich:

Anträge,

**die nachträglich eingereicht und bisher
noch nicht an den Rat versandt wurden.**

**Die Anträge sind bereits in den
Listen eingearbeitet und im Finanz- und
Personalausschuss behandelt worden.**

53 (neu)

**FRAKTION
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

61 FB 61

Produkt

55.61 neu 781xxx

auch IP

**FINANZWIRKSAMER ÄNDERUNGSANTRAG ZUM HAUSHALT 2012
ZUR SITZUNG DES FINANZ- UND PERSONALAUSSCHUSSES AM 14.2.2012**

Überschrift

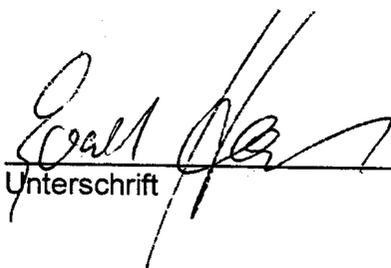
Förderprogramm für regenerative Energien

Beschlussvorschlag

Im Haushaltsplan sind für den Zeitraum 2012 bis 2015 an der entsprechenden Stelle insgesamt 370.000 € für die Förderung des Baus oder der Installation von Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung vorzusehen. Für das Jahr 2012 sollen hiervon 90.000 € zur Verfügung stehen. Der Restbetrag wird gleichmäßig auf die Folgejahre verteilt. Die Verwaltung wird gebeten, einen Vorschlag für entsprechende Förderrichtlinien vorzulegen. Doppelförderung soll grundsätzlich ausgeschlossen werden. Kumulationen mit anderen Förderprogrammen anderer Fördergeber sind jedoch dann möglich, wenn ansonsten der Fördergegenstand zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht wirtschaftlich realisiert werden kann.

Begründung

Erfolgt mündlich


Unterschrift

140 neu (neu)

CDU-Ratsfraktion
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
FB 10
FB 20
Produkt

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2012

Überschrift

Schuldenbremse für Braunschweig - Grundsätzliches Verbot der Neuverschuldung

Beschlussvorschlag

„In die Hauptsatzung der Stadt Braunschweig wird ein grundsätzliches Verbot einer Neuverschuldung des städtischen Haushalts aufgenommen. Die Verwaltung wird gebeten, dazu dem Rat zu seiner Sitzung am **20. März 2012** unter Berücksichtigung der im Grundgesetz verankerten Voraussetzungen für eine Schuldenbremse (Artikel 109 und 115 GG) **einen Änderungsentwurf** der Hauptsatzung zur Beschlussfassung vorzulegen, der folgende Eckpunkte sinnentsprechend berücksichtigt:

Die Schulden des städtischen Haushalts werden weiterhin mit dem Ziel der völligen Entschuldung durch die Stadt reduziert. Die Aufnahme von Schulden zur Finanzierung von Ausgaben im städtischen Haushalt ist grundsätzlich ausgeschlossen und nur in absoluten Ausnahmefällen zulässig. Ausnahmefall liegen vor, wenn Katastrophen oder gesamtwirtschaftliche und nicht im Verantwortungsbereich des Rates der Stadt Braunschweig liegende Einflüsse wie schwerwiegende konjunkturelle Einbrüche, eine Wirtschafts-, Finanz-, bzw. Bankenkrise oder Ähnliches die Aufnahme von Schulden zwingend notwendig machen, weil sonst die Handlungsfähigkeit der Stad bedroht ist. Der Ausnahmefall ist von zwei Dritteln der Mitglieder des Rates festzustellen und gilt bis zum Ende des betreffenden Haushaltsjahres. Die Aufnahme von Schulden ist in diesem Fall auf das unbedingt notwendige Maß zu begrenzen. Eine Tilgungsregelung ist vorzusehen.“

Begründung

erfolgt mündlich



Klaus Wendroth
Fraktionsvorsitzender

147 neu

Fraktion der Piratenpartei

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

alle ^{alle} federf. FB 20

Produkt

verschiedene

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2012

Text:

1.) Wieviele Anträge von Vereinen, Verbänden, freien Trägern o.ä. zum Haushalt 2012 wurden aufgrund von formalen Mängeln bei der Antragsstellung von der Verwaltung zurückgewiesen?

2.) Welche Antragsteller und Projekte betrifft dies ggf. konkret und in welcher Höhe wurden jeweils Anträge gestellt? (Bitte um tabellarische Auflistung)

3.) Wird von der Verwaltung allgemein kommuniziert, welche formalen Anforderungen an Anträge zum Haushalt gestellt werden?

Begründung:

- erfolgt mündlich -

Mit Bitte um Beantwortung im Finanz- u. Personalausschuß

i.V.

Unterschrift

F3 20
Oct VII



148 neu



Anfrage

Öffentlich

Datum

27.01.12

Nummer

Absender

Fraktion Piratenpartei
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Gremium

Finanz- und Personalausschuss

Sitzungstermin

09.02.12

Betreff

Nachfrage zum Jahresabschluss 2010 – Ungeklärte Auszahlungen

Wir stellen folgende Fragen:

- 1.) Welche Haushaltsvorgänge verbergen sich im Detail hinter dem Haushaltskonto 779999 „Ungeklärte Auszahlungen“, deren Höhe für das Jahr 2010 im Haushaltsplanentwurf 2012 auf 1.369.752 Euro beziffert wird?
- 2.) In welcher Höhe ist dieser Haushaltsposten in den Vorjahren ausgefallen?
- 3.) Welche Maßnahmen wurden durchgeführt, um diese ungeklärten Auszahlungen nicht entstehen zu lassen bzw. zu minimieren?

Begründung

- erfolgt mündlich -

i.V.

FRAKTION DER PIRATENPARTEI
PLATZ DER DEUTSCHEN EINHEIT 1
38100 BRAUNSCHWEIG

149 neu

DIE LINKE.
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
Allg. Finanz- wirtschaft	FB 20
Produkt	
1.61.6110.01	

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2012

Überschrift

Änderungsantrag Kulturförderabgabe

Beschlussvorschlag

Unter der Voraussetzung, dass eine Kulturförderabgabe vom Bundesverwaltungsgericht als rechtmäßig anerkannt wird und es bis zu diesem Zeitpunkt zu keiner Rücknahme der einseitigen Entlastung der Hoteliers - und Belastung der Stadt Braunschweig - bei der

Umsatzsteuer gekommen ist, wird die Verwaltung gebeten, dem Rat eine Vorlage über die im Hauptantrag näher beschriebene Kulturförderabgabe zuzuleiten.

Begründung

erfolgt mündlich

Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
im Rat der Stadt Braunschweig

Unterschrift

DIE LINKE.

Antragsteller/in

150 neu

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

50 FB 50

Produkt

1.31.3156.

UN
FINANZ-~~WIRKSAMER~~ ANTRAG ZUM HAUSHALT 2012

Überschrift

60 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze nach § 16e SGB II

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird gebeten, dem Rat eine Vorlage, nach der Neuordnung des § 16e SGB II, zuzustellen, die eine Beschäftigung von 60 Langzeitarbeitslosen mit Vermittlungshemmnissen zum Ziel hat. Je ein Drittel der Erwerbslosen soll beim Beschäftigungsbetrieb, beim Projekt Schubica und geeigneten freien Trägern beschäftigt werden.

Begründung

erfolgt mündlich

Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
im Rat der Stadt Braunschweig

Unterschrift

151 neu

DIE LINKE.
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

51 FB 51

Produkt

1.36.3650.01

FINANZ- WIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2012

Überschrift

Abschaffung Krippengebühr für Geringverdiener

Beschlussvorschlag

Der Entgelttarif für die Kindertagesstätten sowie Einrichtungen der Teilzeit-Schulkindbetreuung wird so verändert, dass ab dem Kindergartenjahr 2012/2013 von Haushalten mit einem Einkommen unter der Pfändungsgrenze von derzeit 1.029,99 Euro monatlich kein Entgelt für den Krippenbesuch gezahlt werden muss.

Begründung

erfolgt mündlich

Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
im Rat der Stadt Braunschweig

Unterschrift

152 neu

SPD

SPD-Fraktion · Platz der Deutschen Einheit 1 · 38100 Braunschweig

Dez. II
ü b e r
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Hoffmann

**Fraktion der
Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands im
Rat der Stadt
Braunschweig**

Rathaus-Altbau Zimmer A 1.51
Tel. 0531 - 470 22 11
Fax 0531 - 470 29 74

Fraktionsvorsitzender:
Ratsherr Manfred Pesditschek

7. Februar 2012

Haushalt 2012

hier: Beratung im Finanz- und Personalausschuss am 14. Februar 2012

Sehr geehrter Herr Stegemann,

da in der Verwaltung mittlerweile der Haushaltsantrag der Fraktion „Die Linke“ zum Thema „Abschaffung Krippengebühr für Geringverdiener“ eingegangen sein müsste, bittet die SPD-Fraktion in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen bis zur Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 14. Februar 2012:

1. Ist die geforderte Abschaffung der Krippengebühr für Geringverdiener in Verbindung mit der Pfändungsgrenze verwaltungstechnisch überhaupt umsetzbar bzw. praktikabel?
2. Mit jährlichen Mindereinnahmen in welcher Höhe ist bei einer Abschaffung der Krippengebühr für den im Antrag benannten Personenkreis zu rechnen?
3. Welche jährlichen Einnahmen verzeichnet die Stadt Braunschweig in den ersten (unteren) Stufen des Entgelttarifs für Kindertagesstätten derzeit insgesamt?

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Manfred Pesditschek
Fraktionsvorsitzender

CDU-Ratsfraktion
Antragsteller/in

153 neu

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

61 FB 61

Produkt

1.56.5610.08

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2012

Text:

Wasser in der Stadt

Die Verwaltung wird bis zur Beratung des Haushalts 2012 im Rat am 28. Februar 2012 um Vorstellung der Teilprojekte Visualisierung Burggraben, Wasserstege Petritorwall und Aussichtspunkt Geiershagen und Mitteilung der jeweiligen Planungs- und Umsetzungskosten sowie der übrigen Rahmenbedingungen bzw. Voraussetzungen gebeten.

Begründung:

erfolgt mündlich


Klaus Wendroth
Fraktionsvorsitzender

Antragsteller/in _____

Teilhaushalt / Org.-Einheit 61 FB 61
Produkt / Kostenart 1.56.5610.08

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2012

Teilhaushalt: FB Stadtplanung und Umweltschutz, Seite: 627 ff.

Ertrag Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Planungskosten, Zeile: _____

Produktnummer: _____, Seite: _____

Produktbezeichnung: _____

Der Antrag gilt: einmalig dauerhaft für _____ Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -) + 20.000 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite: _____

Ertrag Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

Produktnummer: _____, Seite: _____

Produktbezeichnung: _____

Deckungsbetrag (+ / -) _____ €

Begründung

Planungskosten für das Projekt „Wasser in der Stadt - Visualisierung Burggraben“


Klaus Wendroth
Fraktionsvorsitzender

155 neu

Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit Kultur und Wissenschaft
Produkt 1.25.2522.09 431810

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2012
zum Finanz- und Personalausschuss (FPA) am 14.02.2012

Überschrift

Ausstellungsprojekt „Kairo – Offene Stadt“

Beschlussvorschlag

Für das Ausstellungsprojekt „Kairo – Offene Stadt“ des Museums für Photographie werden im Haushaltsplan 2012 40.000 € bereitgestellt.

Begründung

Erfolgt mündlich.



156 neu

SPD-Ratsfraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

0500 Ref. 0500

Produkt

1.31.3119.40

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2012

Überschrift

Interkulturelle Kompetenzentwicklung

Beschlussvorschlag

Nach dem Ende des erfolgreichen Projektes Interkulturelle Kompetenzentwicklung in der öffentlichen Verwaltung der Stadt Braunschweig "iko - offen für Vielfalt" im Juni 2012 wird die Verwaltung aufgefordert, die Vermittlung interkultureller Kompetenz als festen Bestandteil der Personalentwicklung zu betrachten und als ständiges Element in die aus- und berufsbezogene Fort- und Weiterbildung zu implementieren.

Begründung

In einer Erklärung des Bundes zum National Aktionsplan heißt es: "Die Integration von Zuwandern ist keine vorübergehende Sonderaufgabe, die mit zeitlich befristeten Projekten gelöst werden kann. Vielmehr ist Integration eine Daueraufgabe, die nachhaltig und strukturell angegangen werden muss." Daher legt die Bundesregierung im Nationalen Aktionsplan Integration einen besonderen Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Strukturänderung. Eine Maßnahme ist, den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung zu erhöhen und damit die interkulturelle Öffnung der Verwaltung voranzubringen. In diesem Projekt werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für kulturelle Unterschiede sensibilisiert und eine "Willkommenskultur" in der Zusammenarbeit mit Migrantinnen und Migranten entwickelt. Braunschweig ist sicherlich auf dem richtigen Weg.

U. Bescht

129 neu (neu)

SPD Ratsfraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

67 FB 67

Produkt

1. 42. 4241. 01

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2012

Überschrift

Sportentwicklungsplan für Braunschweig

Beschlussvorschlag

In den Haushalt 2012 sind 50.000€ einzustellen, die benötigt werden, um den Prozess einer Sportentwicklungsplanung für Braunschweig einzuleiten.

Begründung

Die Begründung erfolgt mündlich.

gez. Peschitschak
Unterschrift

i.V.

Stefan Wilke
Fraktionsgeschäftsführer